

KOMMENTAR



Dreistes Manöver

Die schwarz-rot-grüne Koalition und die Diäten

► JOHANNES NITSCHMANN (DÜSSELDORF)

Die geplante Diätenerhöhung für die 181 Abgeordneten des Düsseldorfer Landtags ist ein dreistes Manöver. Kurz vor Weihnachten will eine Parlamentsmehrheit dem Steuerzahler mehr oder weniger stiekum in die Tasche greifen und sich eine üppige Altersversorgung beschaffen. Die hinter den Kulissen durch eine große Koalition aus SPD, Grünen und CDU ausgehandelte Diätenerhöhung soll am kommenden Donnerstag debattiert werden – zu später Abendstunde, wenn die Fernsehkameras im Parlament abgebaut und die Besuchertribünen menschenleer sind.

Bei ihrem ungenierten Abkassieren scheuen die Abgeordneten offenkundig das Scheinwerferlicht. In Hinterzimmern wurde die Diätenerhöhung über Monate ausgekungelt. Jetzt wundern sich die Fraktionschefs von SPD, Grünen und CDU über den aufbrausenden Proteststurm und lamentieren in staatstragenden Erklärungen über die angebliche Unterversorgung vor allem junger Abgeordneter. Tatsächlich führe die 500-Euro-Erhöhung zu der notwendigen Stabilität bei dem Versorgungswerk für Abgeordnete und zu mehr Transparenz bei den Diäten überhaupt, behaupten die Initiatoren des umstrittenen Gesetzentwurfs. Auch der Steuerzahler wird mit den Zusatzkosten von 1,1 Millionen Euro angeblich gar nicht belastet, weil es „an anderer Stelle Minderausgaben“ gebe. Wo das der Fall ist, verrät die rot-grün-schwarze Allianz freilich nicht.

Die Abgeordneten in NRW reklamieren für sich bei der Altersversorgung 60 Prozent ihres der-

zeitigen Lebensstandards. Das Begehren entspricht einer Vollkasko-Mentalität. Und dies in Zeiten, in denen das Rentenniveau in Deutschland bis zum Jahre 2030 schrittweise von 50 auf 43 Prozent des ehemaligen Nettogehalts abgesenkt wird. In welcher Welt lebt eigentlich ein Landtagsabgeordneter? Es scheint, als hätte diese politische Spezies den Bezug zur Realität längst verloren.

Was verschwiegen wird

Auch der Hinweis, dass Abgeordnete nur für eine fünfjährige Legislaturperiode in den Landtag gewählt würden, ist keine Rechtfertigung für diese unangemessene Diätenerhöhung. Was soll eine Generation Praktikum, die Festanstellung nur noch aus den Geschichtsbüchern kennt, dabei empfinden? Gerade weil der Landtagsabgeordnete aus guten demokratischen Gründen keine Lebensstellung ist, nehmen die meisten Parlamentarier für sich wie selbstverständlich in Anspruch, neben ihrem Mandat auch weiterhin ihrem bisherigen Beruf mindestens zeitweise nachgehen zu können. Abgeordnete, die ihrer Fraktion in führender Funktion dienen und im Parlament nahezu einen Vollzeitjob ausüben, erhalten dafür aus der Steuerkasse satte Aufschläge zu ihren Diäten. Das alles wird gerne verschwiegen, wenn die Parlamentarier jetzt vor dem Weihnachtsfest das Klagelied über die drohende Altersarmut von Abgeordneten anstimmen. Es gibt weitaus mehr Not in Nordrhein-Westfalen.

► an-politik@zeitungsverlag-aachen.de

PRESSESTIMME ZUR SPD

Berliner Zeitung

Das Blatt meint:

Mir nichts, dir nichts, ist aus dem testosteron-lastigen Kandidaten-Trio Gabriel, Steinmeier und Steinbrück ein Kleeblatt geworden, in dem Hannelore Kraft

und ihr mächtiger Landesverband NRW ein gewichtiges Wort mitreden werden - wenn die Kür des Kanzlerkandidaten ansteht. Denn auch dieser Versuchung sind die Delegierten nicht erledigt: das Rennen um diese Kandidatur der Sozialdemokraten vorzeitig zu beenden.

ANSICHT

„Schweigen ist feige, reden ist Gold.“

MARIUS MÜLLER-WESTERNHAGEN, DEUTSCHER MUSIKER

„Wir brauchen eine geplante, kollektive Arbeitszeitverkürzung“

Der Ökonom Heinz Bontrup beklagt eine „schöngerechnete Arbeitslosenstatistik“. Wachstum alleine reiche nicht, um die Massenarbeitslosigkeit zu überwinden.

VON JOACHIM ZINSEN

Aachen. Arbeitszeitverkürzung – ein Thema von gestern? Nein, sagt Heinz Bontrup. Der Wirtschaftswissenschaftler sieht darin den einzigen Weg, die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland abzubauen.

Herr Bontrup, laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit gibt es in Deutschland derzeit 2,7 Millionen Arbeitslose. Die Bundesregierung jubelt ein Beschäftigungswunder. Sie auch?

Bontrup: Es gibt überhaupt keinen Grund zum Jubeln. Wir haben Massenarbeitslosigkeit im Land. Allein die ausgewiesenen offiziellen Zahlen belegen dies schon. Hinzu kommen statistische Schönrechnereien. So zählt man 150 000 Ein-Euro-Jobber und 350 000 Menschen, die älter als 58 Jahre sind und Arbeitslosengeld I oder Hartz-IV beziehen, nicht zu den Arbeitslosen. Auch die rund 160 000 Arbeitslosen, die sich in einer Weiterbildung befinden, werden nicht mitgezählt. Insgesamt werden eine Million Arbeitslose in der offiziellen Arbeitslosenzahl nicht genannt. Hinzu kommen noch über zwei Millionen Teilzeitbeschäftigte, die gerne Vollzeit arbeiten würde, aber keine entsprechende Vollzeitstelle finden. Wenn sie dann noch den Lohn ins Spiel bringen, dann reicht dieser selbst bei vielen Voll-



Heinz Bontrup: Millionen Teilzeitbeschäftigte suchen einen Vollzeitstelle, finden sie aber nicht.

Foto: Westfälische Hochschule

zeitbeschäftigten ohne staatliche Unterstützung nicht zum Leben. Die Arbeitsmärkte sind also in einem katastrophalen Zustand. Wer da jubelt, leidet unter Realitätsverlust.

Trotzdem werden immer wieder Stimmen laut, die eine Vollbeschäftigung in Aussicht stellen.

Bontrup: Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Seit circa 35 Jahren gibt es in Deutschland keine Vollbeschäftigung mehr...

...aber es heißt doch, in Deutschland herrsche Fachkräftemangel.

Bontrup: In einigen regionalen Teilarbeitsmärkten mag es eine Verknappung von Arbeitskräften geben. Aber von einem generellen Fachkräftemangel zu reden, ist völliger Unsinn. Was ist überhaupt eine Fachkraft? Dies müsste man erst einmal definieren. In Deutschland arbeiten derzeit rund 12,5 Millionen Menschen Teilzeit. Ihre Durchschnittsarbeitszeit liegt bei circa 15 Stunden pro Woche. Zu 80 Prozent sind davon Frauen betroffen. Unter ihnen gibt es Millionen von qualifizierten Fachfrauen. Wie wäre es, wenn die klagenden Unternehmer diesen Frauen eine Vollzeitstelle anbieten?

Warum reden Arbeitgeberverbände und Teile der Politik trotzdem von einem Mangel an Fachkräften?

Bontrup: Ganz einfach. Sie bauen vor, weil sie aufgrund einer absehbaren Alterung der Gesellschaft mit zukünftigen Verknappungen rechnen, die die Löhne und Gehälter von Fachkräften ansteigen lassen. Dies wollen sie nicht.

Welche Folgen hat die Zahl der Arbeitslosen für die deutsche Volkswirtschaft?

Bontrup: Zunächst einmal ist Arbeitslosigkeit für den einzelnen Betroffenen schlimm. Er verliert sein Einkommen und sein soziales Umfeld, er leidet. Arbeitslose zahlen keine Steuern und müssen durch ein Sozialsystem alimentiert werden. Die fiskalischen Kosten nur

der letzten Jahre lagen im Durchschnitt bei etwa 80 Milliarden Euro. Hätten wir eine Vollbeschäftigung gehabt, wäre übrigens so gut wie keine Staatsverschuldung entstanden.

Muss sich die Gesellschaft denn mit Massenarbeitslosigkeit abfinden?

Bontrup: Überhaupt nicht. Allerdings bekommen wir sie nicht allein durch Wachstum in den Griff. Wer so etwas fordert, weiß nicht, wovon er redet.

Warum?

Bontrup: Seit der deutschen Wiedervereinigung lag die reale Wachstumsrate um 0,3 Prozentpunkte unterhalb der Produktivitätsrate. Das Arbeitsvolumen ging dadurch entsprechend zurück. Will man nur über Wachstum die

Massenarbeitslosigkeit bekämpfen, müsste die reale Wachstumsrate die Produktivitätsrate weit übersteigen. Das ist völlig unrealistisch und zudem ökologisch nur schwer verkraftbar. Nein, die Devise muss lauten: Wir brauchen eine geplante, kollektive Arbeitszeitverkürzung.

Wie soll das genau funktionieren?

Bontrup: Wir haben gerechnet, dass über einen Zeitraum von fünf Jahren die Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten um fünf Prozent pro Jahr auf eine 30-Stunden-Woche reduziert werden müsste. Unter Berücksichtigung von zwei Millionen Teilzeitbeschäftigten, die gerne Vollzeit arbeiten wollen, entstünde so ein zusätzlicher Bedarf von 4,1 Millionen Arbeitskräften.

Vortrag von Professor Bontrup in Aachen

Heinz Bontrup ist Professor für Wirtschaftswissenschaft mit dem Schwerpunkt Arbeitsökonomie an der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen, Bocholt, Recklinghausen. Gleichzeitig ist der 58-Jährige Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Am Donnerstag, 8. Dezember, wird Bontrup auf Einladung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Instituts für Politische Wissenschaften der RWTH sein Modell zur Arbeitszeitverkürzung in Aachen vorstellen.

Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr im Fo7 des Kärman-Auditoriums (Eilfschornsteinstraße).

Ralf Woelk, Vorsitzender der DGB-Region Nordrhein-Westfalen Süd-West, will mit der Einladung an Bontrup das Thema Arbeitszeitverkürzung wieder in die öffentliche Diskussion bringen. Auch die Gewerkschaften haben seiner Ansicht nach in den vergangenen Jahren dieses Thema zu sehr aus den Augen verloren. (jozi)

Die SPD wahrt „Maß und Mitte“

Steuererhöhungen für Wohlhabende, leichte Korrekturen an der Rentenpolitik, eine Bürgerversicherung für alle Arbeitnehmer: Die Sozialdemokraten stellen sich in Berlin programmatisch teilweise neu auf.

VON WERNER KOLHOFF

Berlin. Drei Tage lang diskutierte die SPD in Berlin, es gab viele Beschlüsse. Klare Absicht: Zwei Jahre vor der Bundestagswahl wollte man sich programmatisch komplett aufstellen. Klare Tendenz: Die Partei korrigierte frühere Ansätze, den großen Linksrutsch gab es aber nicht.

Steuern: Die SPD will ohnehin bei den Besserverdienenden an der Steuerschraube drehen, aber die Parteilinke wollte obendrauf noch eine dreiprozentige Reichensteuer setzen und statt der einheitlichen Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge von derzeit 25 Prozent sofort die normalen Einkommenssteuertarife gelten lassen. „Maß und Mitte“ mahnte die Führung an; Wahlkämpfer wie Bayerns Spitzenkandidat Christian Ude warnten davor, zu überziehen. Am Ende blieb es beim vorgeschlagenen Steuerkonzept des Vorstandes: Der einst von der SPD selbst geschaffene geringe Spitzensteuersatz von derzeit 42 Prozent ab 52 885 Euro Einkommen (Alleinvertreiber) soll auf 49 Prozent steigen, die aber erst ab 100 000 Euro Einkommen greifen. Der Tarif soll so gestaltet werden, dass sich für Einkommen bis 64 000 Euro nichts verändert. Bei der Abgeltungssteuer gab es einen Kompromiss: Sie soll auf pauschal 32 Prozent erhöht werden, jedoch in drei Jahren durch die normalen Einkommenssteuersätze ersetzt werden, falls eine Prüfung ergibt, dass so das Aufkommen höher wäre.

Den Ländern wird die Wiedereinführung der Vermögenssteuer empfohlen. Die SPD erwartet sich insgesamt Steuererhöhungen von 17 Milliarden Euro und will weitere 16 Milliarden durch Subventionsabbau (bei Dienstwagen, Agrardiesel, Flugbenzin) einsparen. Den gewonnenen Spielraum will sie gleichmäßig für Schuldenabbau und höhere Bildungsausgaben verwenden.

Arbeit und Renten: Hier milderte die SPD ihre frühere Politik ebenfalls ab. So soll der ab 2012 geltende schrittweise Einstieg in die Rente mit 67 „ausgesetzt“ werden, weil der Anteil älterer Beschäftigter noch zu gering sei. Der Übergang in die Rente soll flexibler gestaltet werden. Um die einst von der SPD beschlossene Absenkung des Rentenniveaus von derzeit 50 Prozent auf 43 Prozent bis 2030 gab es eine intensive Debatte. Denn die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen verlangte eine dauerhafte Sicherung der Renten in der jetzigen Höhe.



Peer Steinbrück wirft der CDU „schamlosen Betrug“ bei der Einführung einer Lohnuntergrenze vor. Foto: dpa

Ihr Vorsitzender Ottmar Schreiner hielt dafür eine fulminante Rede. Parteichef Sigmar Gabriel selbst musste eingreifen. Das Problem der zunehmenden Altersarmut sei zwar real, aber Schreiners Forderung koste 20 Milliarden Euro. Gabriel: „Wir können hier nicht wünsch dir was machen.“ Eine Kommission solle über Alternativen nachdenken. Diese Position setzte sich durch. Weitere Beschlüsse: Für Leiharbeiter soll es gleiche Löhne wie für die Stammbeschäftigten geben; außerdem ist die SPD weiter für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. „Der Arbeit ihren Wert zurückgeben“, ist die Lösung.

Gesundheitspolitik: Es soll künftig eine einheitliche Bürgerversicherung für alle Arbeitnehmer, Selbstständige und Beamten geben; die Privatversicherung läuft in ihrer jetzigen Form aus. Die Arzthonorare sollen für privat wie gesetzlich versicherte Patienten gleich sein.

Familie: Schrittweise soll der ab 2013 geltenden Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr zu einem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in

Krippen ausgebaut werden. Erst für Allenerziehende, dann für alle. Und ab 2020 soll es auch einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Schule geben, was 6000 zusätzliche Ganztagschulen erfordert. Das Ehegattensplitting will die SPD abschaffen, allerdings nur für künftige Ehen. Das Kinder-

geld soll nach Einkommen gestaffelt sein; je mehr man verdient, umso weniger soll man bekommen.

Internet: Die Partei verlangt kostenlose WLAN-Netze in allen Kommunen und will eine flächendeckende Breitbandversorgung in Deutschland.

„Bündnis zwischen Starken und Schwachen“

Der mögliche SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück hat seine Partei auf einen pragmatischen Kurs eingeschwenkt, um wieder stärkste politische Kraft in Deutschland zu werden. „Wir müssen der Versuchung widerstehen, den Menschen mehr zu versprechen, als wir halten können“, sagte der frühere Bundesfinanzminister. Sonst koste das Glaubwürdigkeit und die SPD liefere dem politischen Gegner unnötig Munition.

„Die SPD ist die Partei, die das Bündnis zwischen den Starken und den Schwachen organisieren muss“, forderte Steinbrück. Der 64-Jährige bekannte sich klar zu einem gesetzlichen Mindestlohn. „Wer sein Geschäftsmodell auf Niedriglöhnen

aufbaut, hat kein Geschäftsmodell.“ Er setzte sich auch für eine bessere Bezahlung von Frauen ein und rief seine Partei dazu auf, mit mehr Selbstbewusstsein darüber zu reden, was die SPD in den vergangenen zehn Jahren erreicht habe. Der CDU warf er beim Mindestlohn falsches Spiel und eine Vernebelungstaktik vor. „Ich ärgere mich mit Euch über den schamlosen Betrug der CDU bei der Einführung einer Lohnuntergrenze“, rief er den Delegierten zu.

Steinbrück warnte vor einer Renationalisierung in Europa. Gleichzeitig forderte er ein Verbot von Spekulationen auf Nahrungsmittelpreise und des Handels mit Kreditausfallversicherungen. (dpa)

Geht das bei vollem Lohnausgleich?

Bontrup: Nein. Die Arbeitszeitverkürzung übersteigt mit angemessenen fünf Prozent die erwartete Produktivitätsrate von zwei Prozent um drei Prozentpunkte. Damit die Stückkosten der Unternehmen konstant bleiben, müssen die Gewinne der Unternehmer sinken. Das ist aber vor dem Hintergrund der viel zu hohen Gewinnquote in Deutschland kein Problem. Zudem legt man damit eine der Hauptquellen der Finanzspekulationen und Finanzkrisen trocken.

Das Thema Arbeitszeitverkürzung stand bis in die 80er Jahre hinein auf der politischen Agenda. Warum ist die öffentliche Diskussion darüber in den vergangenen Jahren weitgehend verstummt?

Bontrup: Die Gewerkschaften konnten vor dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit in der Vergangenheit den verteilungsneutralen Spielraum nicht mehr durchsetzen. Die Arbeitnehmer mussten Realeinkommensverluste hinnehmen. Da ist klar, dass sie mehr auf Lohnerhöhungen als auf Arbeitszeitverkürzungen setzen. Damit entschuldigen sie sich aber die Noch-Beschäftigten mit den Arbeitslosen. Am Ende arbeiten die Beschäftigten für noch weniger Lohn noch länger als heute. Auch sie sind die Verlierer und die Arbeitgeber die vermeintlichen Gewinner.